

Bachelorarbeit

„1:1 Betreuung“ im Kindergarten - Instrument zur Exklusion?

Problembehandlung und Lösungsvorschläge.

Daniel Kaufmann
Lessingstr. 19
04109 Leipzig
dnlkaufmann@gmail.com
Matrikelnummer: 30886

Fakultät Soziale Arbeit
Prüfer I: Dr. phil. Hille
Prüfer II: Prof. Dr. phil. Wedler

Januar, 2016

Kaufmann, Daniel:

„1:1 Betreuung“ im Kindergarten - Instrument zur Exklusion?

- Problembehandlung und Lösungsvorschläge.

Hochschule Mittweida, Fakultät Soziale Arbeit,
Bachelorarbeit, 2016

Diese Bachelorarbeit befasst sich mit grundlegenden Gedanken zur Inklusion im Bildungsbereich Kindergarten. Hierbei wird das Modell der „1:1 Betreuung“ betrachtet und vorgestellt. Dies geschieht unter der Fragestellung, ob die „1:1 Betreuung“ in ihrer praktischen Ausübung exkludierende Auswirkungen hat. Untersucht wird dieser Zusammenhang am praktischen Beispiel eines Kindes, welches in dem Zeitraum von zwei Jahren mittels einer „1:1 Betreuung“ einen Kindergarten der Stadt Leipzig besucht hat. Hierzu werden Problematiken der praktischen Ausübung analysiert und kategorisiert. Mittels dieser Problematiken werden Schlussfolgerungen zu den daraus folgenden Auswirkungen für das Kind gezogen. Abschließend behandelt diese Arbeit Lösungsansätze zur Umsetzung der Inklusion im Bildungsbereich Kindergarten.

1. Einleitung	1
2. Theoretischer Rahmen	3
2.1. Definition Inklusion	
2.2. Kritik am Inklusionsbegriff in der Sozialen Arbeit	6
2.3. Begriffsbildung „1:1 Betreuung“	8
2.4. Rechtliche Grundlagen	9
3. Praktischer Rahmen	10
3.1. Vorstellung Klient	
3.2. Problematiken in der praktischen Umsetzung	12
3.3. Schlussfolgerung – Exklusion?	18
4. Lösungsvorschläge	21
5. Zusammenfassung	27
Literaturverzeichnis	29
Erklärung zur selbständigen Anfertigung der Arbeit	

1. Einleitung

Deutschland ist ein Sozialstaat. Dies wurde 1949 im Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland geregelt. Die Sozialpolitik in Deutschland, welche das Grundgerüst eines Sozialstaates festlegt, ist darauf ausgelegt das Zusammenleben aller Bürger innerhalb der Gesellschaft zu verbessern. Es bestehen umfangreiche gesetzliche Regelungen, welche den Begriff des Sozialstaates auskleiden und praktisch erfüllen. Menschen, welche aus der Gemeinschaft gefallen sind oder aus dieser zu fallen drohen, sollen durch sozialpolitische Maßnahmen inkludiert werden. Die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger sollen verbessert werden. „Sozialstaatlichkeit und die daran orientierte Sozialpolitik zielen auf innergesellschaftliche Inklusion, zu dem andere Staatszielbestimmungen auf den Gebieten Bildung, Gesundheit, politische, soziale und kulturelle Teilhabe etc. hinzukommen.“ (Huster; Bourcade 2012, 20)

Während das Modell des Rechtsstaates im Grundgesetz klar definiert ist, wurde der Begriff Sozialstaat in seiner Ausführung undefiniert gelassen. Dieser Umstand gibt Raum für Veränderungen. Die Bedürfnisse und Sichtweisen der Gesellschaft ändern sich über die Zeit, deshalb werden neue und veränderte Gesetze und Modelle zur Umsetzung des Sozialstaatsprinzips diskutiert und definiert. So auch das Konzept der Inklusion. „Das Sozialstaatsprinzip ist somit ein dynamisches Prinzip, das den Gesetzgeber verpflichtet, die sozialen Verhältnisse immer wieder neu zu regeln.“ (Pötzsch 2009, 32) Eine wesentliche Veränderung im Hinblick auf die Rechte von Menschen mit Behinderung in Deutschland stellen die zusätzlichen Regelungen der UN-Behindertenrechtskonvention dar, welche seit 2009 in Deutschland Rechtskraft im Rang eines einfachen Bundesgesetzes erlangt hat. In dieser Konvention wurden die für alle Menschen bereits bestehenden Menschenrechte nochmals für behinderte und beeinträchtigte Menschen verstärkt und verdeutlicht. Somit wurden die Rechte Aller nochmals in Bezug auf Menschen mit Behinderung stärker in die Wahrnehmung gerückt und verbindlich gemacht. (vgl. BRK 2012, 1354) Dabei wird in der englischen Originalversion der Konvention der Begriff „inclusion“

verwendet. In der deutschen Übersetzung hingegen wird beispielsweise der Begriff „Einbeziehung“ eingesetzt oder fälschlicherweise mit dem Wort Integration gearbeitet. (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen 2014, 30) Die Behindertenrechtskonvention stellt den aktuellen Antrieb und die gesetzliche Grundlage dafür dar, die Inklusion in Deutschland voranzutreiben. Dies liegt daran, dass die Konvention die Rechte von Menschen mit Behinderung in den Teilgebieten des gesellschaftlichen Lebens explizit betont und somit die Rahmenbedingungen für Inklusion herstellt. Besonders wird der Bereich Bildung hervorgehoben. „Bildung wird immer wieder als DER Schlüssel zu Partizipation und Inklusion identifiziert.“ (Degener; Mogge-Grotjahn 2012, 68) Im Bildungsbereich soll einer Segregation und somit einer Exklusion von Menschen vorgebeugt werden. Hierzu zählt auch der vorschulische Bildungsbereich Kindergarten. Kinder, welche etwa durch Behinderung, Migrationshintergründe oder Verhaltensauffälligkeiten scheinbar aus dem Rahmen der Gesellschaft ragen, sollen per Sozialstaatsprinzip und mittels Behindertenrechtskonvention in diese inkludiert werden. In diesem Zusammenhang ist eine gemeinsame Beschulung aller Kinder vorgesehen. Von exkludierenden Bildungseinrichtungen, wie etwa Förderschulen, soll abgesehen werden. Der Inklusionsgedanke darf in diesem Prozeß nicht in den starren medizinischen Kriterien der Definition „Mensch mit Behinderung“ verharren. Er bezieht sich ebenfalls auf exkludierende Merkmale wie etwa Verhaltensauffälligkeiten, Migrations- und Milieuhintergründe.

Ein Modell, welches die soziale Inklusion von jungen, verhaltensauffälligen Menschen in das bestehende Bildungssystem ermöglichen sollte, ist die in der Stadt Leipzig bereits angewandte „1:1 Betreuung“ im Kindergarten. Dieses Modell gewährleistet die Betreuung eines Kindes mittels eines Personalschlüssels im Verhältnis eins zu eins. Die Infragestellung der „Effektivität“ und des Blickwinkels dieses Betreuungsmodells im Hinblick auf dessen Förderung der Inklusion und Vermeidung von Exklusion wird den Kern dieser Arbeit bilden.

Um zu einem differenzierten und fachlichen Bild zu gelangen werden im weiteren Verlauf folgende Punkte erörtert. Zunächst werde ich verschiedene Definitionsansätze von Inklusion sondieren, um anschließend die Möglichkeit zu

haben eine eigene Definition als Arbeitsgrundlage für diese Bachelorarbeit zu entwickeln. Weiterhin wird das Modell „1:1 Betreuung“ vorgestellt und bezüglich seiner rechtlichen Grundlage, seiner Zielstellungen und besonders hinsichtlich seiner praktischen Umsetzung beschrieben. Weiterhin wird anhand persönlicher Erfahrungen das Modell hinterfragt und seine Wirkung dargestellt. Anschließend werden Lösungsvorschläge erörtert, welche aus meiner Sicht eine tiefgreifende und langfristige Inklusion von jungen Menschen in das bestehende aber veränderbare Bildungssystem ermöglichen. Denn, „Soziale Inklusion und Sozialer Zusammenhalt als Ziel staatlicher Politik und gesellschaftlichen Zusammenlebens verbindet: Sie sind geschichtlich, geografisch und perspektivisch veränderbar.“ (Huster; Bourcade 2012, 20)

Die These dieser Bachelorarbeit lautet daher wie folgt: Das theoretische Konzept der „1:1 Betreuung“, welches als pädagogisches Instrument der Inklusion initiiert wurde, wirkt sich für den Klienten in der Praxis als exkludierend aus.

2. Theoretischer Rahmen

Dieser Teil der Arbeit beschäftigt sich mit den theoretischen Grundlagen der Inklusion sowie der „1:1 Betreuung“. Ziel ist es, eine gemeinsame theoretische Arbeitsgrundlage zu erarbeiten, welche für den praktischen Teil der Arbeit essentiell ist.

2.1 Definition Inklusion

Da der Begriff Inklusion einen entscheidenden Teil dieser Bachelorarbeit bestimmt, ist es trotz oder gerade wegen der starken und breitgefächerten Verwendung des Begriffes erforderlich, diesen für den weiteren Verlauf dieser Arbeit zu definieren. Ziel dieses Kapitels ist es, eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zu schaffen. Um dies zu gewährleisten, werden verschiedene

relevante Definitionsansätze vorgestellt und auf diesen basierend eine eigene, für die Arbeit relevante Definition, erstellt. Anschließend wird die Problematik und Kritik an einer begrifflichen Definition erörtert.

Inklusion kommt vom lateinischen Wort *inclusio*, welches Einschließung oder den Einschluss bedeutet. Der neuzeitliche soziale Begriff Inklusion erlangte eine praktische Bedeutung in den 1990er Jahren in den USA und hier vor allem im schulischen Bereich. (vgl. Johnson, 2013, 65) Seit 2008, seit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, ist der Begriff Inklusion auch in Deutschland in der Sozialen Arbeit, in der Pädagogik sowie der Politik stark frequentiert. Dies steht im direkten Zusammenhang mit der eingegangenen Verpflichtung Deutschlands, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen.

In der Behindertenrechtskonvention wird der Begriff Inklusion erwähnt, jedoch nicht beschrieben und definiert. Es werden jedoch unter anderem „die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und [die] Einbeziehung in die Gesellschaft“ sowie „Chancengleichheit“ als Grundsätze benannt. (BRK 2012, 1354) Somit schafft die Konvention, zumindest für Menschen mit Behinderung, die rechtlichen Voraussetzungen für Inklusion.

Eine Definition für Inklusion, welche sich dennoch auf die UN-Behindertenrechtskonvention stützt, ist folgende: „Inklusion im Sinne der Behindertenrechtskonvention steht für das Prinzip der gleichberechtigten Partizipation unter Berücksichtigung der Menschenwürde und Anerkennung der Verschiedenheit der Menschen.“ (Degener; Mogge-Grotjahn 2012, 66)

Da Bildung in Deutschland Aufgabe der Bundesländer ist, stellt sich für diese Arbeit die Frage, wie der sächsische Bildungsplan mit dem Begriff Inklusion umgeht. Hierbei fällt auf, dass das Wort Inklusion in diesem nicht vorkommt. Diesen Umstand könnte man zunächst als gelebte Inklusion ansehen. Beim genaueren Betrachten stellen sich jedoch Problemfelder heraus, welche der Umsetzung von Inklusion im Wege stehen. Im sächsischen Bildungsplan wird weiterhin vom „behinderten“ Kind gesprochen, welches einer Förderung und nicht einer Bildung bedarf. Besonders die hier verwendete Sicht auf „Förderung“ als pädagogisches Handeln, bezogen auf Behinderung, ist für den Gedanken der Inklusion als problematisch anzusehen. (vgl. Störmer 2013, 8)

Im kommunalen Bereich besteht der sogenannte Teilhabeplan der Stadt Leipzig, welcher einen Definitionsansatz bezüglich der Inklusion verwendet um sein Anliegen darzustellen. „In einer inklusiven Gesellschaft können alle Menschen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Menschen mit Behinderung müssen sich nicht mehr integrieren und an die Umwelt anpassen. Vielmehr ist die Gesellschaft von vornherein so gestaltet, dass alle Menschen gleichberechtigt leben können.“ (Stadt Leipzig 2015) Das Anliegen der Stadt Leipzig besteht demnach darin, in ihrem Einflussbereich Bedingungen zu schaffen, welche für Menschen mit Behinderung eine Anpassung an die Umwelt erübrigt, da die veränderten Bedingungen nun ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Aus der Literatur soll folgendes Zitat von Seifert angeführt werden. Inklusion sei „Ausdruck einer Philosophie der Gleichwertigkeit jedes Menschen, der Anerkennung von Verschiedenheit, der Solidarität der Gemeinschaft und der Vielfalt von Lebensformen.“ (Seifert 2006, 100 zit. n. Graumann 2012, 79) Seifert legt den Schwerpunkt seiner Betrachtung auf die Vielfalt und Verschiedenheit der Menschen. Die Inklusion wird als eine Denkweise oder gar Philosophie angesehen.

Nach der Betrachtung der verschiedenen Ebenen, von den Vereinten Nationen bis zur kommunalen Ebene und zur Literatur, möchte ich nun eine eigene Definition von Inklusion als Arbeitsgrundlage entwickeln. Zum einen werde ich mich dabei an den vorgestellten Definitionen orientieren, zum anderen werde ich mich dem Begriff nähern indem ich ihn abgrenze.

Inklusion wird oft im Zusammenhang mit Integration verwendet, es besteht zwischen beiden Begriffen jedoch ein eklatanter Unterschied. Integration „bezieht sich auf die Eingliederung von Außenstehenden in etwas Bestehendes, ohne dass sich grundlegende Rahmenbedingungen ändern.“ (Stadt Leipzig 2015) Somit lässt sich im Umkehrschluss für die Inklusion definieren, dass sich zur Umsetzung dieser zunächst grundlegenden Rahmenbedingungen ändern müssen. Nicht der Mensch muss sich der Institution und der Gesellschaft anpassen, vielmehr müssen sich die äußeren Bedingungen dem Menschen anpassen. Dabei muss aber Sorge getragen werden, bestehende Institutionen

für alle Menschen zugänglich zu machen, nicht jedoch neue abgrenzende Institutionen zu schaffen. „Inklusion bedeutet [...] die eindeutige Absage an separierende gesellschaftliche Systeme, die wie Sonderschulen oder Werkstätten für Menschen mit Behinderung Aussonderung bewirken oder perpetuieren.“ (Degener; Mogge-Grotjahn 2012, 66)

Die Schlagworte aller hier vorgestellten Definitionen von Inklusion sind Verschiedenheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung.

Meine Definition als Grundlage für diese Arbeit lautet wie folgt: Inklusion bedeutet die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche gewährleisten, dass alle Menschen trotz ihrer Verschiedenheit gleichberechtigt und selbstbestimmt an gemeinsamen Orten leben, lernen und teilhaben können.

2.2 Kritik am Inklusionsbegriff in der Sozialen Arbeit

Der Begriff Inklusion ist mittlerweile in der Sozialen Arbeit zu einem Modewort avanciert, welcher dadurch aktuell von verschiedensten Interessen geleitet und verwendet wird. Problematisch sind hierbei die unterschiedlichen Interpretationen und die daran orientierten unterschiedlichen Aktionen der Beteiligten. „Nach Lyotard kann ein Begriff [...] zugleich in der einen Theorie ungerechte Verhältnisse euphemistisch verschleiern, wie auch – in einem anderen Sprachspiel – eine Utopie, einen wünschenswerte Praxis ausdrücken.“ (Kuhlmann 2012, 54) Soziale Arbeit wird zunehmend nach wirtschaftlichen Interessen ausgeübt und somit zeitlich und finanziell effektiviert und perfektioniert. Inklusion ist hierbei ein Begriff, welcher oftmals einer strategischen Funktion unterliegt. Seine Verwendung beschreibt eine wünschenswerte Praxis, welcher durchaus Zuspruch entgegengebracht wird. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, kann (muss aber nicht) sich hinter dem Wort Inklusion jedoch eine Einsparungs- und Effektivierungspolitik verstecken. Mittels der Deklaration Inklusion schaffen zu wollen, können auch Verschlechterungen für den Betroffenen herbeigeführt werden. „So kann der Begriff beispielsweise in der

Schulpolitik ablenken von Verschlechterungen in der Betreuung von behinderten Kindern: Inklusion wäre dann eine euphemistische Beschreibung von Einsparungs- und Effektivierungspolitik durch Zusammenlegungen von Schulformen. [...] Genauso gut kann „Inklusion“ aber auch eine kämpferische Absicht ausdrücken, mit der Verbesserungen in der Förderung eingefordert oder sogar durchgesetzt werden können.“ (Kuhlmann 2012, 54)

Der Mangel einheitlicher Standards ist ebenfalls eine Belastung für die Erzieher und Lehrkräfte, welche eine inklusive Pädagogik ausführen möchten oder sollen. Ihnen fehlen Orientierungspunkte und klare Kriterien zur Überprüfung und Reflexion ihrer Arbeit. Dabei ist zu bedenken, dass Inklusion immer im jeweiligen Diskurskontext gesehen werden muss. Geld, Gesundheit, Wohnen, Arbeiten und Bildung sind beispielhafte Gebiete in denen Inklusion Einfluss findet. Die Grundzüge von Inklusion sind in allen Gebieten gleich, es ist somit möglich diese einheitlich zu definieren. Die Ausgestaltung im Detail bedarf jedoch einer Differenzierung. Eine gemeinsame Definition, verbunden mit Zielstellungen und Qualitätskriterien würde gewährleisten, dass alle Beteiligten die gleichen Vorstellungen haben.

Ein nicht unerhebliches Phänomen in der Inklusionsarbeit kann aus diesen Gründen die sogenannte exkludierende Inklusion sein. Dieser Begriff beschreibt den Umstand, dass das Bemühen, Menschen in ein System zu inkludieren und somit an ihm teilhaben zu lassen, mittels falscher Instrumente zu einer Exklusionserfahrung führen kann. „Man ermöglicht Partizipation unter den Rahmenbedingungen eines sozial exkludierenden („exklusiven“) Sonderstatus diskriminierender Defizitzuschreibungen („positive Diskriminierung“), der als Voraussetzung zur Teilhabe abverlangt wird.“ (Schäffter 2013, 3) Das bedeutet, dass mit der Verleihung eines Sonderstatus eine Exklusivität geschaffen wird, welche automatisch das Ziel der Inklusion umkehrt. Diese Entwicklung wird als sogenannter „Labeling-Prozess“ bezeichnet, welcher zu einer exkludierenden Inklusion führt. „Wissenschaftliche Forschung beteiligt sich durch ihre Klassifizierungssysteme an einem Labeling-Prozess (z.B. „Linkshänder“), der bis zur Konstitution biografischer „Karrieren“ und bei Übernahme in das Selbstkonzept sozialer Gruppen zu Prozessen sozialer Stigmatisierung und damit zur Beschädigung von sozialer Identität führen kann.“ (vgl. Jantzen 1981

zit. n. Schäffter 2013, 3). Durch eine einmal erteilte Klassifizierung kann sich der betroffene in die vorgegebene Rolle einfügen und diese in seine Persönlichkeit übernehmen. Somit kann sich ein verliehener Sonderstatus für die betreffende Person auf das gesamte Leben auswirken.

2.3 Begriffsbildung „1:1 Betreuung“

Für die Stadt Leipzig, in Vertretung der Dienst- und Fachaufsicht der Kindergärten, ist die Bezeichnung „1:1 Betreuung“ eine interne Bezeichnung oder ein Arbeitsbegriff.¹ Es gibt kein offizielles Konzept, welches dieser Methode der Betreuung von Kindergartenkindern zugrunde liegt. Daher besteht weder für die Stadt Leipzig noch für deren ausführende Organe eine offizielle Formulierung der Richtlinien und Ziele einer „1:1 Betreuung“, welche zur Orientierung, zur Begleitung und zur Reflexion der Arbeit dienen können.

Die in dieser Arbeit verwendete Bezeichnung „1:1 Betreuung“ beschreibt exakt den erhöhten Betreuungsschlüssel für die betreffende Person. Als fachlicher Ausdruck ist der Begriff zur Beschreibung eines Instrumentes oder eines Modells nicht gebräuchlich und nicht definiert. Im rechtlichen Sinne jedoch wird Eingliederungshilfe in die Gesellschaft geleistet. Die dafür gewählte Hilfe wird als Einzelfallhilfe bezeichnet. Diese besteht aus der Aufstockung des Personalschlüssels, durch welchen eine Betreuung und Unterstützung eines Kindes durch einen Pädagogen möglich ist. Die Ausgestaltung der Aufgaben sowie die Definition von Zielen eines „1:1 Betreuers“ sind hierbei wenig bis gar nicht beschrieben.

Die Stadt Leipzig, Amt für Jugend, Familie und Bildung hat eine Struktur für einen „Förderplan zum Antrag auf Eingliederungshilfe“ erstellt. Sie legt darin fest, dass die Maßnahmen zur Eingliederung folgendes umfassen: heilpädagogische

¹ Um einen Einblick in das offizielle Aufgabenfeld der „1:1 Betreuung“ zu erhalten, habe ich mich im Zuge dieser Bachelorarbeit mit den zuständigen Gremien der Stadt Leipzig getroffen. Ausführungen in diesem Abschnitt sind daher ein Resultat dieses Termins.

Einzelförderung, Beratung und Anleitung des/der Personensorgeberechtigten und die Zusammenarbeit der Erzieherin mit anderen Leistungserbringern.

Nach meinen Recherchen wurde die „1:1 Betreuung“ bisher zweimal aus jeweils unterschiedlichen Gründen im Raum Leipzig angewendet. Die Betreuung wurde in der Form 1:1 geleistet, da nach Aussagen der zuständigen Gremien der Stadt Leipzig besondere Situationen besondere Maßnahmen erfordern. Weiterhin waren beide Kinder, nach Aussagen der zuständigen Gremien, ohne eine „1:1 Betreuung“ nicht in der Lage, einen Kindergarten zu besuchen. Aktuell wird diese Form der Betreuung nicht praktiziert. Zukünftig besteht jedoch weiterhin die Möglichkeit, erneut Kinder in „1:1 Betreuung“ zu begleiten.

2.4 Rechtliche Grundlagen

Die Ausführung einer „1:1 Betreuung“ im Kindergarten bedarf der Gewährung von Eingliederungshilfe nach § 53 und 54(1) SGBXII. Betroffen sind „Personen, die durch eine Behinderung [...] wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind.“ (§ 53 SGB XII) Die Leistungen der Eingliederungshilfe betreffen Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung einschließlich der Vorbereitung hierzu. (vgl. § 54 SGB XII). Der Bildungsbereich Kindergarten ist eine Vorbereitung für die Schule und fällt deshalb unter diesen Punkt.

Weiterhin wird die Eingliederungshilfe nach § 55(2) Nr.2 SGB IX gewährt. Unter diesem Paragraphen wird definiert, welche Leistungen für den Klienten nötig sind, um am Leben in der Gesellschaft teilnehmen zu können. Dabei werden „heilpädagogische Leistungen für Kinder, die noch nicht eingeschult sind“ genannt. Unter diesen Terminus fällt in der Praxis die Methode „1:1 Betreuung“.

Die Beantragung von Eingliederungshilfe für Minderjährige obliegt den Sorgeberechtigten, in diesem Fall der Kindesmutter. Der Sozialhilfeträger ist das Sozialamt Leipzig, Abteilung Soziale Angelegenheiten/ Sozialplanung, Sachgebiet Behinderten- und Seniorenhilfe, Bereich Eingliederungshilfe.

3 Praktischer Rahmen

Diese Arbeit beschäftigte sich bisher mit den theoretischen Rahmenbedingungen der beiden Begriffe Inklusion und „1:1 Betreuung“. Dies als Grundlage nehmend, wird sich der weitere Verlauf dieser Arbeit mit der praktischen Umsetzung am aktuellen Beispiel eines Kindes beschäftigen. Zunächst werden daher der Klient sowie sein Betreuungsbedarf dargestellt, um eine genauere Vorstellung der Situation zu erhalten. Anschließend werden die aus der „1:1 Betreuung“ resultierenden Problematiken beschrieben, um im folgenden Schritt eine Schlussfolgerung bezüglich der These dieser Arbeit zu formulieren.

3.1 Vorstellung Klient

Als angestellter Heilerziehungspfleger konnte ich in einem Kindergarten der Stadt Leipzig Erfahrungen bezüglich dem Konzept „1:1 Betreuung“ sammeln. In diesem Kontext war ich seit September 2014 für die Betreuung des Jungen Leon² als „1:1 Betreuer“ verantwortlich. Das Kind war zuvor in einem anderen Kindergarten auf Grund von Verhaltensauffälligkeiten zunächst nur noch in den Vormittagsstunden, später gar nicht mehr betreut worden. Die Kindesmutter suchte sich daraufhin Hilfe im Universitätsklinikum Leipzig. So wurde zunächst ein stationärer Aufenthalt im Parkkrankenhaus Leipzig mit psychologischer Untersuchung und Therapie durchgeführt. Eine dauerhafte ambulante Psychotherapie wurde in der Universitätsklinik etabliert und besteht bis heute. Der städtische Kindergarten, in welchem ich angestellt bin, verfügte zu diesem Zeitpunkt über Personal, welches aus Erfahrungen bezüglich der vorhergehenden „1:1 Betreuung“ schöpfen konnte. Somit wurde Leon seit September 2013 in dieser Einrichtung betreut.

² Name geändert

Die Schwierigkeiten welche dazu führten, dass Leon in seinem ursprünglichen Kindergarten nicht mehr betreut wurde, lagen im Bereich der Verhaltensauffälligkeiten. Zunächst wurde Leon durch wiederholtes Kneifen der anderen Kinder und der Erwachsenen auffällig. Dieses Verhaltensmuster sollte sich im Laufe der Zeit erweitern: in Form von Treten, Schupsen, an den Haaren ziehen und Schimpfwörter sagen. Das Kind verfolgt mit diesen Verhaltensweisen das Ziel, die Aufmerksamkeit seines Umfeldes zu erlangen. Dies gelang und gelingt ihm sehr erfolgreich. Diese Handlungen sind frühzeitig erlernt und gefestigt, wie Aussagen der Mutter in der Anamnese des Parkkrankenhauses belegen. In Warte- und Wechselsituationen hat Leon auch nach zwei Jahren der Einzelbetreuung erhebliche Schwierigkeiten mit „ungeplanter“ Zeit umzugehen. Das Kind verfällt dann in gewohnte Muster mittels derer es schnell und im großen Umfang die gewünschte Aufmerksamkeit seiner Umwelt erhält. Dies bedeutet konkret, dass bevorzugt schwächere Kinder grundlos gekniffen oder getreten oder Mädchen an den Haaren gezogen werden. Auch Erwachsene werden kurz und prägnant attackiert. Leon erwartet dann zwingend eine Reaktion der Erwachsenen. Sollte diese Reaktion nicht erfolgen werden die Attacken fortgesetzt und verschärft, bis eine Reaktion des Pädagogen unausweichlich ist, da eine Gefährdungslage für Beteiligte vorliegt. Leon versucht sein Gegenüber so weit zu reizen, bis dieser eine emotionale Reaktion, wenn auch eine negative, zeigt. Trotz meiner einschlägigen Berufserfahrungen in einer intensivpädagogischen Wohngruppe mit verhaltensauffälligen seelisch behinderten Kindern, ist mir kaum ein Kind bekannt welches sein Gegenüber so geschickt reizen kann, die entsprechenden Konsequenzen sucht und sich im Negativen augenscheinlich wohl fühlt.

Die kognitiven Fähigkeiten von Leon sind seinem Alter entsprechend entwickelt. Leon kann gut Zusammenhänge erkennen und hat ein sehr ausgeprägtes Allgemein- und Umweltwissen. Das Kind kennt alle Buchstaben und ist in der Lage diese zu schreiben. Leon ist begabt im Umgang mit Zahlen, er beherrscht die Addition und Subtraktion bis in den dreistelligen Zahlenbereich sowie kleine Multiplikationsaufgaben. Diese Fertigkeiten können eine sehr gute Beschäftigung für Leon sein. Gestellte Aufgaben löst er mit Freude und Ausdauer. Eine weitere Ressource des Kindes stellt seine Redegewandtheit und Ausdrucksfähigkeit dar.

Leon verfügt über einen umfangreichen Wortschatz und ist in der Lage diesen einzusetzen.

Bei Leon besteht insofern eine Kombination aus einer enormen Suche nach Aufmerksamkeit, einem großen Durst nach Wissen und Zerstreuung im Zusammenhang mit einem Umfeld, welches diese Ansprüche nicht erfüllen kann. Diagnostisch besteht bei Leon eine Störung des Sozialverhaltens mit aggressiven Verhaltensweisen gegenüber Gleichaltrigen und der Kindesmutter. Weiterhin werden eine Reaktion auf schwere Belastungen sowie dahingehende Anpassungsstörungen festgestellt. Ebenfalls ist von einer seelischen Behinderung des Kindes auszugehen.³

3.2 Problematiken in der praktischen Umsetzung

Im folgenden Punkt werde ich Problematiken einer „1:1 Betreuung“ in Kategorien zusammenfassen und mit meinen praktischen Erfahrungen verknüpfen. Weiterhin wird der aus den Problematiken resultierende Zustand für das Kind beschrieben.

Exklusivität durch Sonderstatus

Die erste und wichtigste Kategorie der Problematiken einer „1:1 Betreuung“ betrifft die Exklusivität, welche dem Kind in einer solchen Betreuung verliehen wird. Leon hatte jederzeit einen Sonderstatus inne. Durch die Nähe zwischen Kind und Erzieher, sowohl im physischen als auch zeitlichen Sinne, war sowohl Kindern und Erziehern, als auch den Eltern der „Status“ des Kindes bewusst. Ebenfalls war Leon kognitiv in der Lage seine Sonderrolle zu erkennen. Dieses Erkenntnis fügt sich für das Kind in die Erfahrung ein, dass es aus dem vorherigen Kindergarten ausgeschlossen wurde. Das Kind realisierte den

³ Berichte und Gutachten liegen dem Autor vor. Aus Gründen des Schutzes der Persönlichkeitsrechte wird hier nicht näher auf diese eingegangen.

Kindergartenwechsel, sowie die permanente Anwesenheit des Betreuers. „Als Bedingung sozialer Teilhabe wird somit ein exkludierender Sonderstatus abverlangt, der nicht erworben, frei gewählt oder gewechselt werden konnte.“ (vgl. Margalit 1997 zit. n. Schäffter 2013, 3) Leon hatte in dem Prozess keine Möglichkeit, seine Betreuung zu verändern oder zu wechseln. Der exkludierende Sonderstatus wird dem Kind von außen auferlegt, ohne eine Form der Mitbestimmung seinerseits.

Der verliehene Sonderstatus wird im Bereich des Kindergartens noch erheblich betont, da hier nach meinen Erfahrungen wenige beziehungsweise nur sehr vereinfachte Möglichkeiten zur persönlichen Differenzierung bestehen. Das heißt, dass die Kinder sich untereinander wenig voneinander abheben können. Beispielsweise bringt am benannten Spielzeugtag jeder sein Lieblingsspielzeug mit in den Kindergarten, zeigt es den Anderen und kann sich somit profilieren. Wer ein sogenanntes Mittagskind ist, wird neidisch angesehen. Natürlich gibt es bevorzugte Spielpartner und besonders beliebte Kinder. Im Bereich des Kindergartens bedeutet es somit eine besonders große Aufmerksamkeit der Anderen, wenn ein Kind von einem einzelnen Betreuer begleitet wird.

In der Außenwirkung für andere Kinder aber auch Kollegen und Eltern verfestigte sich damit der Eindruck des Besonderen und Andersartigen. Hinzu kam, dass auch der „1:1 Betreuer“ in einem Kindergarten mit 33 Mitarbeitern ähnlich seinem Klienten exkludiert war. Die Dienstzeiten waren exakt an die Anwesenheit des Kindes gekoppelt. Ohne Dienste in den Randzeiten fehlte der Kontakt zu den anderen Gruppen, deren Kinder und Kollegen. Den Mitarbeitern war im Prinzip ausschließlich der Status „1:1 Betreuung“ geläufig. Hintergründe und Ursachen waren nicht bekannt. Im Resultat war das Kind durch die Nähe des Betreuers im Kindergarten etwas Besonderes und somit sichtbar in der Minderheit. Speziell die enorme Nähe und damit Kontrolle des Kindes führten bei diesem zu dem Eindruck, *ich bin etwas Besonderes, ich benötige die volle Aufmerksamkeit eines Erwachsenen*. Durch Einzelsettings und Fördersituationen zwischen Kind und „1:1 Betreuer“ verstärkte sich die angesprochene Nähe und damit Enge noch. Für das Kind bestand zum Ausbruch aus dieser Enge nur die Möglichkeit, seinem Bild durch Aggressionen zu entsprechen. Es „begegnen sich [hierbei] zwei diametral entgegen gesetzte Personen: der Erwachsene und das Kind mit einer

Behinderung. [...] Je schwerer behindert ein Kind ist, desto weniger Möglichkeiten aber hat es, sich der Beeinflussung, der Hilfe oder Korrektur zu entziehen. Es ist im Setting der Fördersituation der erwachsenen Person ausgeliefert, an Ort und Zeit gebunden und kann sich allenfalls durch Rückzug oder Aggression unangemessenen Vorschlägen entziehen.“ (Siebers 1999, 58 zit. n. Störmer 2013, 11)

Fehlende Definition – Nähe und Distanz

Eine „1:1 Betreuung“ im Kindergarten soll die Inklusion ermöglichen. Eine weitere wesentliche Problematik besteht aber darin, dass keine Definition, weder von der Methode („1:1 Betreuung“) noch vom Ziel (Inklusion), vorhanden war und ist. In den zwei Jahren, welche Leon den Kindergarten besuchte, hatte er in Folge drei „1:1 Betreuer“, welche die Methode sowie die Zielsetzung jeweils sehr unterschiedlich interpretierten. Dies führte dazu, dass Formen des Umgangs mit dem Jungen unterschiedlich gehandhabt wurden. Speziell die Auslegung von Nähe und Distanz zwischen Pädagogen und Klienten wurde verschieden bewertet. Meine Vorgängerin begleitete Leon als „1:1 Betreuer“ zu jeder Tätigkeit, sei es im Gruppenraum oder im Garten. Hier wählte sie weitestgehend die Spielpartner und das Setting für den Jungen aus. Meine damalige Kollegin betrachtete sich als den naheliegenden und sicheren Spielpartner. Für kurze Situationen ihrer Abwesenheit wurde ein anderer Kollege bestimmt, welcher aufzupassen habe. Meine eigene Auslegung der notwendigen Nähe zum Kind war als deutlich weitergefasster zu beschreiben. Ich versuchte mit der Zeit bewusst Situationen der „Nichtkontrolle“ zu schaffen. Weiterhin war es vordergründig mein Bestreben, Spielsituationen für Leon mit anderen Kindern zu ermöglichen und somit auch potentielle Konfliktsituationen zu schaffen. Hierbei versuchte ich dem Jungen bei Problemen eine Struktur und einen Rahmen zu geben und ihn somit zu begleiten. Beim Kind führten die drei unterschiedlichen Auslegungen der Nähe und Distanz zwischen ihm und seinem Betreuer zu einer Orientierungslosigkeit, welche sich auf sein Selbstbild sowie die Vorstellung seines Alltages auswirkte. Ebenfalls sorgte dies dafür, dass Leons Akzeptanz und Respekt hinsichtlich des Betreuers beeinträchtigt war. Dies ist dem Umstand

geschuldet, dass für das Kind keine einheitliche Linie dessen, was die Autoritätspersonen von ihm verlangen, erkennbar werden konnte.

Fehlende Definition – Konsequenzen

Eine weitere, aus der fehlenden Definition resultierende Problematik speziell für das Kind, entwickelte sich durch die unterschiedliche Auslegung und Durchsetzung von Konsequenzen der einzelnen „1:1 Betreuer“. In Bezug auf körperliche Angriffe seitens des Kindes gegenüber anderen Kindern oder Erwachsenen bestanden keine einheitlichen und gefestigten Regeln, sowohl im Kindergarten als solchen als auch für die „1:1 Betreuer“ im Einzelnen. Somit war eine grundlegend unterschiedliche Auslegung von Konsequenzen im Verhältnis zum Fehlverhalten möglich. Weiterhin bestand innerhalb des Teams zunächst Konsens darin, dass ausschließlich der „1:1 Betreuer“ gegenüber dem Jungen Leon pädagogisch tätig werden dürfe. Auch während der Gartenzeit, in der in der Regel alle Erzieher für alle Kinder weisungsberechtigt sind, wurden Probleme immer dem „1:1 Betreuer“ zugetragen. Das Kind befand sich also in der Situation, dass sein Umfeld erwachsener Menschen komplett unterschiedlich auf seine Verhaltensweisen reagierte beziehungsweise nicht reagierte. Somit konnte Leon innerhalb des Kontext Kindergartens auf unterschiedlichste Reaktionen bezüglich seiner Aktionen treffen. Der strukturelle Rahmen bezüglich Regeln und Konsequenzen ist für das Kind damit brüchig und unvollständig. Dies führt daher erneut zu Orientierungslosigkeit und Verwirrung.

Fehlende Definition – Kommunikation

Die dritte Problematik, welche aus fehlender Definition bezüglich Methode und Ziel resultiert, sind die fehlenden Richtlinien bezüglich der internen und externen Kommunikation. Als ich im September 2014 meine Arbeit im Kindergarten begann, war die Ausstrahlung der Kollegen (auch die der 1:1 Betreuerin) in Bezug auf Leon von Furcht und Resignation geprägt. Von den Gruppenerziehern traute sich niemand zu, das Kind ohne den „1:1 Betreuer“ zu begleiten. In zu erwartender Abwesenheit des „1:1 Betreuer“'s wurde wiederholt und für alle

Kinder (inklusive Leon) hörbar die Frage formuliert, *was machen wir denn mit Leon? Und wer nimmt denn an dem Tag Leon?* An diesen Tagen wurde immer ein separater Erzieher mit einer heilpädagogischen Zusatzausbildung aus einer anderen Gruppe geholt. Außerdem wurde bei Elternabenden explizit erwähnt, dass Leon auf Grund seines Verhaltens einen eigenen Betreuer benötigt. Daraus resultierend, gab es Situationen, in denen Kinder der Gruppe einem Besucher den Jungen mit den Worten vorstellten: *Der hat seinen eigenen Erzieher.* Auch hier war im Resultat für alle Beteiligten die Sonderstellung des Kindes deutlich zu sehen und offen formuliert. Die Kommunikation war davon geprägt, über das Kind, im Beisein des Kindes zu reden. Leon ist kognitiv und empathisch in der Lage, Angst und Resignation bei seinem Gegenüber zu erkennen. Die offene Kommunikation über Probleme, Sorgen und Nöte muss sein Selbstbild weiter negativ gefestigt haben.

Mangelhafte interdisziplinäre Zusammenarbeit

Eine weitere Kategorie von Problematiken stellt die mangelhafte interdisziplinäre Zusammenarbeit hinsichtlich der Begleitung der „1:1 Betreuung“ dar. Beispielsweise bestand in der Zeit meiner Arbeit keine Rückkopplung zum Allgemeinen Sozialdienst Leipzig. Eingleisig wurden von Seiten der „1:1 Betreuer“ Arbeitskonzepte und monatliche Förderziele entwickelt. Die Auswertung beziehungsweise Vorstellung der Ergebnisse der Förderung fand nicht statt. Erst im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einschulung des Kindes wurden, auf Drängen der Schule, zwei Hilfepläne durchgeführt. Weiterhin fehlte die interdisziplinäre Zusammenarbeit, sowohl innerhalb des großen Kollegenstammes des gesamten Kindergartens, als auch innerhalb der Gruppe. Diese Zusammenarbeit hätte Absprachen zu Förderzielen und Entwicklungen des Kindes sowie der internen und externen Kommunikation beinhalten können. Eine derartige Zusammenarbeit im Kreise der Kollegen war nicht vorgesehen, nicht definiert und daher nicht Bestand des Aufgabenbereiches. Weiterhin fand zwar zwischen dem „1:1 Betreuer“ und der Kindesmutter im dreiwöchigen Abstand ein Austausch zu Entwicklungen des Kindes statt. Eine Zusammenarbeit bezüglich pädagogischer Fragen und Ideen entwickelte sich jedoch ohne eine

professionelle Familienhilfe nicht. Die Möglichkeit in diesen Gesprächen Empfehlungen geben zu können, ist ohne eine interdisziplinäre Kooperation wenig erfolgreich. Gerade eine Zusammenarbeit zwischen den zwei Lebensmittelpunkten des Jungen, Kindergarten und Wohnbereich, wäre enorm wichtig gewesen. Überdies befand sich Leon an zwei Tagen der Woche in psychologischer Betreuung seitens des Universitätsklinikums Leipzig. Auch hier bestand während meiner Arbeit keinerlei Kommunikation und Kooperation bezüglich der Entwicklung des Kindes. Ich habe versucht einen Austausch mit der zuständigen Psychologin herzustellen. Die Möglichkeit eines Telefonats wurde mir nicht verwehrt, es wurden jedoch keine gewinnbringenden Synergieeffekte prognostiziert. Diese Effekte wären aus meiner Sicht zwischen pädagogischer Praxis und psychologischer Betreuung möglich gewesen.

Die mangelhafte interdisziplinäre Zusammenarbeit hatte zweierlei Auswirkungen: Erstens wird eine geplante und zielgerichtete Entwicklung des Kindes durch die mangelhafte Kooperation zwischen den Instanzen beeinträchtigt.⁴ Zweitens entstand bei Leon auch hier wieder der Eindruck, dass sich eine große Zahl von Erwachsenen mit ihm beschäftigt, es jedoch keine Überschneidungen derer Ideen und Ansatzpunkte gibt. Für Kinder ist es durchaus normal, dass sie sich an unterschiedlichen Orten mit unterschiedlichen Regeln und Normen konfrontiert sehen. Für ein seelisch behindertes und stark verhaltensauffälliges Kind ist es jedoch von enormer Bedeutung, dass Regeln und Normen in übergreifenden Bereichen des Lebens Anwendung finden.

Mangelhafte Kontrollinstanzen

Eine letzte Kategorie in Bezug auf Problemlagen einer „1:1 Betreuung“, stellen die mangelhaften Kontrollinstanzen bezüglich der Arbeit dar. Pädagogische Arbeit sollte ausgeübt werden mittels Zielvereinbarungen, der Auswahl von entsprechenden Methoden zur Erreichung dieser sowie der Überprüfung und

⁴ Auf Grund des fehlenden Austausches und Reflexion zu meiner Arbeit habe ich mir im Kontext der sogenannten „Praxisreflexion“ im Rahmen meines Studiums Feedback geholt. Weiterhin befasse ich mich mit den Problemlagen und entsprechenden Lösungsideen im Rahmen dieser Bachelorarbeit.

Kontrolle der Ergebnisse der geleisteten Arbeit. Der Sozialhilfeträger hat ein Interesse an der erfolgreichen Umsetzung der Zielvereinbarungen, deshalb ist eine Überprüfung und Kontrolle der geleisteten Arbeit notwendig. Ebenfalls sollte innerhalb des Leistungserbringers der „1:1 Betreuung“, welcher ein freier oder kommunaler Träger ist, eine Überprüfung der ausgeführten Arbeit stattfinden. Beide Kontrollinstanzen wurden in der Praxis nicht ausgeschöpft. Wie bereits unter der Kategorie interdisziplinäre Zusammenarbeit beschrieben, war der Austausch während meiner Erfahrungszeit zwischen Sozialhilfeträger und Leistungserbringer gering. Das heißt, ich habe die zuständige Fallmanagerin des Allgemeinen Sozialdienst erst nach Abschluss der Kindergartenzeit im Zusammenhang mit der Suche nach einem Schulbegleiter kennengelernt. Hilfepläne zur Koordinierung der Hilfen, sowie zur Vorstellung von Zielen und der Reflexion derjenigen, fanden in dieser Form nicht statt.

Die fehlenden Kontrollinstanzen bezüglich der pädagogischen Arbeit und der Entwicklung des Kindes hatten verschiedene Auswirkungen. Einerseits lässt die Situation genügend Freiheit in der Umsetzung von Ideen und Vorstellungen. Die Arbeitszeit konnte fast ausschließlich am Kind stattfinden und wurde nicht durch administrative und organisatorische Aufgaben unterbrochen. Andererseits ist mit geringer Kontrolle auch eine Problematik verbunden: Es besteht die Möglichkeit, dass die Arbeit am Kind ohne die erforderliche Planung der Ziele, der Methoden und der anschließenden Reflexion stattfindet. Dies kann dazu führen, dass die Erfolgsaussichten für die positive Entwicklung des Kindes geringer ausfallen.

3.3 Schlussfolgerung – Exklusion?

Der vorhergehende Abschnitt hat gezeigt, dass die „1:1 Betreuung“ durch den verliehenen Sonderstatus, die fehlende Definition des Zieles sowie der Methode, die fehlenden Richtlinien bezüglich der internen und externen Kommunikation, die geringe interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie die geringe Kontrolle im System unterschiedliche Problematiken hervorruft. Gerade in der

Kombination dieser verschiedenen Problematiken kann das Ziel einer Inklusion des Klienten nicht nur nicht erreicht werden, sondern sogar einen exkludierenden Charakter erhalten. Auch Kuhlmann interpretierte Ausführungen Foucaults in der Form, dass „die ‚inklusive Pädagogik‘ in der Gefahr [steht], in ein krampfhaftes Bemühen um eine „Schein-Normalität“ abzugleiten, die eine verschärfte Form von Exklusion innerhalb eines inkludierenden Schulsystems produziert.“ (Kuhlmann 2012, 47) Letztlich wurde für alle am System beteiligten Personen und Instanzen nur eine vermeintliche Normalität geschaffen. Eine Normalität dahingehend, dass Leon sich über den Zeitraum von zwei Jahren täglich in dem Betreuungssystem eines städtischen Kindergartens befand. Die Exklusion für ihn als Individuum ist jedoch über diesen Zeitraum vorangeschritten. Dies liegt daran, dass der Sonderstatus des Kindes durch die Begleitung einer „1:1 Betreuung“ über einen derart langen Zeitraum bestand. Unter einem enormen finanziellen und ressourcenschöpfenden Aufwand konnte das eigentlich notwendige Ziel der Inklusion nicht erreicht werden. Denn Inklusion wurde eingangs definiert als die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche gewährleisten, dass alle Menschen trotz ihrer Verschiedenheit gleichberechtigt und selbstbestimmt an gemeinsamen Orten leben, lernen und teilhaben können. Die Gleichberechtigung und Selbstbestimmtheit des Kindes war entsprechend meinen Ausführungen mittels einer „1:1 Betreuung“ nicht gegeben. Die Gründe hierfür habe ich unter Punkt 3.2 bezüglich der Problemlagen ausgeführt.⁵

Aus den beschriebenen Problemlagen hervorheben möchte ich den entstandenen Exklusivitätsstatus des Kindes, welcher von diesem nicht frei gewählt oder verändert werden konnte. Dieser Status verhindert eine Inklusion von Beginn an und führt dazu, dass Leon innerhalb eines (vermeintlich) inklusiven Systems exkludiert war. Denn die interne und externe Wirkung der

⁵ Einen weiteren interessanten Gedanken zur exkludierenden Inklusion liefert Kuhlmann: „Erfahren Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen in einer inklusiven Klasse möglicherweise ihre „Anomalität“ in verschärfter Weise, weil sie dauernd mit dem „Normalen“ konfrontiert werden und an den „normalen“ Ansprüchen mit gemessen werden? Greift dies ihr Selbstwertgefühl an? Wird ihre Förderung angesichts der Bedürfnisse der Mehrheit vernachlässigt? Wenn Inklusion für behinderte Kinder in der Schule mehr Anpassungsdruck an Normalität und einen Mangel an Förderung erzeugt, wenn sich das System nicht – wie gewünscht und in der inklusiven Pädagogik postuliert – mit verändert, verschärfen sich möglicherweise Exklusionserfahrungen, gerade innerhalb eines „inkludierenden“ Systems. Mit dieser Frage steht und fällt der Inklusionsgedanke als Menschenrechtsfrage.“ (Kuhlmann 2012, 47)

Deklaration als „1:1 Betreuung“ kann als nicht hoch genug eingeschätzt werden. Bevor sich jemand ein eigenes Bild von der betreffenden Person machen kann, wird bereits ein Bild vorgegeben. Das Kind hat in dieser Situation keinen Handlungsspielraum, um diesem zu entfliehen.

In diesem Zusammenhang soll hier eine Folgeproblematik angesprochen werden, welche zukünftig aus der erfolgten „1:1 Betreuung“ entstehen kann: Dass unter Punkt 2.2 angesprochene Labeling führt zu einer Kategorisierung und Stigmatisierung über die einzelnen Instanzen und Stationen des Lebens hinweg. In dem Beispiel dieser Arbeit hat ein Junge im Alter von sieben Jahren folgende Label: Er wurde zunächst eines Kindergartens verwiesen, es erfolgte eine „1:1 Betreuung“ im zweiten Kindergarten, folgend eine Schulbegleitung über 40 Stunden die Woche und trotzdem ist nach dem ersten Halbjahr ein Wechsel auf die Förderschule für Erziehungshilfe sehr wahrscheinlich.⁶ „In der Regel zieht die erste Ausgliederung in eine Sondereinrichtung die nächste Sonderbehandlung nach sich - erst im Kindergarten, dann in der Schule, dann im Arbeits-, Freizeit- und Wohnbereich.“ (Doose 2011)

Aus diesem Grund ist der Verlauf im Fall Leon hierfür beispielhaft: Als Bedingung für die Einschulung in eine Regelschule sollte ein Schulbegleiter auf voller Stundenbasis etabliert werden. Somit wurden die Leitung der Schule, die zukünftige Klassenlehrerin sowie die Hortleiterin bereits im Vorfeld über die Problemlagen des Kindes informiert. Dies führte in der auf den Kindergarten folgenden Bildungsinstanz Schule bereits im Vorfeld zur Entwicklung eines entsprechenden Bildes vom Kind. Es wurden sich Gedanken gemacht, wo das Kind im Klassenzimmer sitzen könnte und was den Eltern beim Elternabend bezüglich des Kindes zu sagen sei. Somit bestand erneut ein Sonderstatus für das Kind, bevor dieses die Schule betreten hat.

Zusammengefasst erachte ich eine „1:1 Betreuung“ im Kindergarten als weder notwendig noch förderlich für die Inklusion. Im Gegenteil erachte ich in Anbetracht der beschriebenen Problemlagen die „1:1 Betreuung“ als Instrument, welches die Exklusion fördert.

⁶ Hierzu wurde ein Gespräch mit der stellvertretenden Schulleiterin geführt.

4 Lösungsvorschläge

Nachdem ich bestehende Problematiken der „1:1 Betreuung“ eines Kindes und die damit verbundenen Auswirkungen vorgestellt habe, möchte ich darauf basierend Lösungsvorschläge zur Inklusion von jungen, verhaltensauffälligen Menschen in das bestehende Bildungssystem vorstellen. Diese Vorschläge sollen immer unter dem Blickwinkel der in Abschnitt 2.1 getroffenen Definition von Inklusion entwickelt werden. Denn Inklusion bedeutet die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche gewährleisten, dass alle Menschen trotz ihrer Verschiedenheit gleichberechtigt und selbstbestimmt an gemeinsamen Orten leben, lernen und teilhaben können. Daher gliedere ich die Schaffung von Rahmenbedingungen in diesem Abschnitt in zwei Kategorien von Lösungsansätzen: zum einen die Umgestaltung der institutionellen Strukturen im System und zum anderen die Veränderung bezüglich der Handlungsabläufe im System. Denn „[i]nklusive Bildung bedeutet Veränderungen im System“ (Platte 2012, 154)

Umgestaltung institutioneller Strukturen

Die erste Kategorie, welche für die Schaffung von inklusiven Bedingungen maßgeblich ist, ist die Umgestaltung der institutionellen Strukturen innerhalb des Systems Kindergarten. Mit diesen Strukturen, im Folgenden auch als „Hardware“ bezeichnet, sind die greifbaren strukturellen Bestandteile als Voraussetzungen für den Kindergartenbetrieb gemeint. Es handelt sich daher um die Gesamtheit der von Institutionen bestimmten Voraussetzungen und hierbei auch politisch bestimmten Bedingungen. Denn wie ich in der Einleitung sagte, ist Bildung Sache der Länder. Gegenständlich sind hierbei Veränderungen bezüglich der Gruppengrößen, der Raumplanung, des Personalschlüssels und der Personalzusammensetzung gemeint.

Eine zentrale Veränderung der institutionellen Strukturen besteht in der Verringerung der Gruppenstärken in den Kindergärten. Aktuell liegt der Betreuungsschlüssel im Land Sachsen bei 1:12,5 Kindern. Die Zahl der Kinder

pro Erzieher muss weiter gesenkt werden, besonders, wenn man bedenkt, dass dieser Schlüssel in der Praxis durch Urlaub und Krankheit nicht zu halten ist. Bewusst sehe ich hierbei als strukturellen Lösungsansatz die Verringerung der Gruppenstärke und nicht die Aufstockung des Personals. Denn die räumlichen Begebenheiten bestehen und lassen keine höhere Kapazität bezüglich der Personen zu. Mit einer Verringerung der Gruppengröße wären bessere Möglichkeiten zur Interaktion zwischen Erzieher und Kind geschaffen und im Krisenfall ein Eingreifen der Pädagogen möglich. Gerade Kleingruppen sind für das Erlernen von zwischenmenschlichen Umgangsformen und Handlungsstrategien elementar.

Weiterhin ist eine bessere Raumplanung und -nutzung notwendig, um inklusive Bedingungen für alle Kinder zu schaffen. Speziell Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten reagieren in großen Gruppen, vollen und lauten Räumen beziehungsweise in turbulenten Situationen mit auffälligem Verhalten. Es sollten deshalb Bedingungen geschaffen werden, welche die räumliche Zerstreuung im Bedarfsfall ermöglichen sowie selbstgewählte Rückzugsmöglichkeiten bieten. Im Bedarfs- beziehungsweise Krisenfall müssen Möglichkeiten für eine temporäre Abgrenzung von der Gruppe gegeben sein. „Falls massive Verhaltensauffälligkeiten eine Unterstützung in inklusiven Settings verhindern sollten, kommt es darauf an, die Settings zu verändern oder so zu gestalten und zu nutzen, dass die Person nicht dauerhaft in segregativen Einrichtungen verweilen muss.“ (Schwalb; Theunissen 2009, 235) Der Weg zur Inklusion geht hierbei darüber, dass innerhalb des allgemeinen Bildungssystems Settings verändert werden anstatt eine dauerhafte Aussonderung zu schaffen.

Ein weiterer Lösungsansatz, welcher die „Hardware“ des Systems betrifft, ist eine veränderte Personalzusammensetzung innerhalb der Kindergärten im Allgemeinen und in einzelnen Teams im Speziellen. Das heißt, dass ein Team eines Kindergartens aus Erziehern, Heilerziehungspflegern, Sozialarbeitern, Psychologen, Logopäden und Ergotherapeuten bestehen könnte. Diese verschiedenen sozialen Berufsausbildungen sollten interdisziplinär und koordiniert zusammenarbeiten. Selbst das Team der Hausmeister, Küchen- und Reinigungskräfte darf aus meiner Sicht in abgestimmter Form in pädagogische Abläufe integriert werden. Dies kann von erheblicher pädagogischer Wirkung

sein, wenn die Zuständigkeitsbereiche dieser Berufsgruppen betroffen sind. Beispielsweise im Falle von Beschädigungen am Allgemeingut kann der Hausmeister pädagogische Konsequenzen in seinem Aufgabengebiet in Absprache wirkungsvoll verhängen. Für eine Reparaturleistung lassen sich Ausgleichshandlungen des Kindes im ähnlichen zeitlichen Umfang durchführen. Bezüglich der oben genannten sozialen Berufsausbildungen muss es eine direkte und enge Zusammenarbeit innerhalb der Gruppen geben. Im Hinblick auf die Ergotherapeuten und Logopäden wäre damit ein weiterer exkludierender Moment hinfällig, nämlich die Herauslösung aus dem Gruppengeschehen für einzelne Therapieeinheiten.⁷ Auch bei diesem Lösungsansatz besteht der Nutzen in einer interdisziplinären Zusammenarbeit und einer besseren kommunikativen Vernetzung. Es entstehen somit Synergien der verschiedenen Fachspezifikationen, welche vorher in dieser Form nicht erreicht wurden. „Es ist eine große Anforderung, den Individuen sowie der Gruppe gleichermaßen gerecht zu werden. Wichtig dabei ist, dass niemand alles können kann und muss. Vielmehr geht es darum, dass in den verschiedenen Handlungsfeldern beruflicher Bildung neue Formen der Kooperation und Vernetzung entstehen. Wir müssen an mehreren Stellschrauben drehen.“ (Bylinski 2015, 21)

Weiterhin ist eine Hierarchie innerhalb der Personalteams aus meinen Erfahrungen bezüglich der Steuerung der internen Abläufe von großer Bedeutung. Zur besseren Steuerung aller Abläufe ist eine Leitungsperson notwendig, welche einen Überblick bezüglich der zu leistenden Aufgaben und Ziele hat. Diese Leitungsaufgaben sollten von Sozialarbeitern übernommen werden. Dieser Lösungsansatz ist hinsichtlich der internen Kontrollinstanzen des Leistungserbringers ein wichtiger Schritt. Es bestünden somit klare Zuständigkeiten und Kontrollmechanismen im Ablauf der Gruppen.

⁷ Momentan werden Therapien außerhalb des Gruppengeschehens durchgeführt. Die Kinder werden während des Tagesablaufes aus dem Gruppengeschehen genommen und sichtbar exkludiert.

Veränderungen der Handlungsabläufe im System

Ein zweiter Bereich, welcher für die Schaffung von inklusiven Bedingungen bedeutend ist, sind Veränderungen bezüglich der Handlungsabläufe im System. Mit diesen Veränderungen, im Folgenden auch Software genannt, sind die Verläufe zwischenmenschlichen Handelns zur Steuerung des Systems gemeint. Konkret beziehen sich meine Ausführungen auf eine Professionalisierung der Handlungsabläufe, der internen und externen Kommunikation sowie der Aus- und Weiterbildung des Personals.

Die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte hinsichtlich spezifischer Problematiken im Kontext Kindergarten stellt ein wichtiges Anliegen der Lösungsansätze dar. Im Hinblick auf verhaltensauffällige junge Menschen (ebenso wie beispielsweise auf Migration, Genderthematik oder Traumatisierung) müssen alle Mitarbeiter geschult werden und handlungsfähig sein. Es muss eine einheitliche Definition von Inklusion als Rahmenzielstellung für den Kindergartenbereich entwickelt werden und allen Beteiligten bekannt sein. Somit sollte dem Einzelnen eine Einordnung dessen, was dem Inklusionsgedanken zuträglich ist und was nicht, im Alltag gelingen. Anhand dieses Schemas können mögliche Entscheidungen geprüft und bewertet werden. Weiterhin benötigen die Mitarbeiter Wissen darüber, wie planvolle pädagogische Arbeit in den Grundzügen wirkt und wie Planung und Reflexion von Zielstellungen möglich ist. Die Erstellung von Zielen sowie die Planung zur Erreichung dieser, ist absolut entscheidend für eine wirkungsvolle pädagogische Arbeit. Erst wenn dem Mitarbeiter bekannt ist was erreicht werden soll, kann darauf hingearbeitet werden.

Ein weiterer essentieller Lösungsansatz ist die Vernetzung der einzelnen Funktionsträger innerhalb des Systems. Diese Vernetzung funktioniert durch Absprachen auf allen Ebenen des Kindergartens, das heißt sowohl zwischen den verschiedenen Bereichen des Kindergartens, als auch gruppenintern. Sollten andere soziale Berufsausbildungen nicht wie oben angesprochen in die Gruppen integriert sein, so muss hierbei zwischen Ergotherapeuten, Logopäden und den Gruppenerziehern ein stetiger Austausch geschaffen werden. Ergänzend sollten regelmäßige Kontakte hinsichtlich der bei einzelnen Kindern involvierten

externen Institutionen geschaffen werden. Gegenständlich meine ich hierbei eine eventuell installierte Familienhilfe oder externe Therapeuten. Weiterhin sind gerade die Eltern oder die Pädagogen einer eventuellen Wohngruppe eine äußerst wichtige externe Ressource, die es zu vernetzen gilt. Im Falle von möglichen Hilfen zur Erziehung oder wie in dem beschriebenen Fall der Eingliederungshilfe, sollte der Fallmanager des Allgemeinen Sozialdienstes ein wichtiger Ansprechpartner sein. Die Steigerung der Vernetzung von involvierten Institutionen und Personen ist sicher nicht für alle Kinder notwendig. Im Hinblick auf Kinder, welche Unterstützung benötigen, sind diese Schritte jedoch ein Baustein zum Erfolg der Inklusion.

Ein weiterer wichtiger Lösungsansatz folgt aus dem oben erwähnten Ansatz der internen Vernetzung: Große Entwicklungsmöglichkeit hinsichtlich einer Professionalisierung des Kindergartenbereiches und somit ein Schritt hin zur Inklusion besteht in regelmäßigen und umfassenden Teamabsprachen. Zielstellung dieser Absprachen ist eine besser abgestimmte Arbeitsweise, welche vorteilhaft sowohl für die Kinder als auch das Personal ist. Teamabsprachen sollten deshalb wöchentlich stattfinden, thematisch strukturiert sein und protokolliert werden. Das heißt, es sollten Beratungen zum organisatorischen Jahres-, Monats- und Wochenablauf stattfinden und getrennt davon Teamabsprachen bezüglich der Entwicklung einzelner Kinder. In einem Protokoll müssen Absprachen und Zuständigkeiten festgehalten werden, um später nachvollziehbar zu sein. Dies sichert die tatsächliche Umsetzung von entwickelten Ideen. Hinsichtlich der entwickelten Problemlagen ist durch diesen Schritt Raum für Kontrolle und Überprüfung geschaffen. Für die Umsetzung von Absprachen ist es unabdingbar, dass zeitliche, personelle sowie räumliche Ressourcen außerhalb der direkten Betreuungszeit geschaffen werden. Durch Absprachen und Kommunikation innerhalb eines professionellen Rahmens können pädagogische Ziele effektiver erreicht werden.

Ein wiederum aus der besseren internen Vernetzung abzuleitender Lösungsansatz zur Schaffung von inklusiven Bedingungen besteht in dem Erschaffen eines einheitlichen Systems von Regeln und Normen. Der Kern dabei ist, dass diese Regeln allen Beteiligten bekannt sein müssen und für alle gleichermaßen Anwendung finden müssen. Konsequenzen werden für alle

Kinder transparent und in gleicher Form ausgesprochen und umgesetzt. Es darf keine Sonderregeln geben, wie sie in einer „1:1 Betreuung“ schnell zur Anwendung kommen. „Die meisten Fachkräfte haben verstanden, dass Inklusion eine radikal Abkehr von der Fokussierung auf einzelne Merkmale von Personen oder („Rand“-)Gruppen und auf voneinander säuberlich getrennte Problemlagen bedeutet.“ (Degener; Mogge-Grotjahn 2012, 67) Das bedeutet, dass ein System von Regeln und Normen nicht für einzelne Personen oder Gruppen geschaffen werden soll, sondern für alle Beteiligten des Systems bestehen muss.

Zusammengefasst bedeutet dies für meinen Ansatz der Inklusionsarbeit, dass einerseits institutionelle Strukturen zu schaffen sind, welche Segregation und damit exkludierende Strömungen verhindern. Dies geschieht durch die „Hardware“ wie eine verringerte Gruppengröße, eine stimmige Raumplanung und strukturelle Veränderungen im Bereich des Personals. Gleichzeitig müssen andererseits in Krisensituationen professionelle Handlungsträger vorhanden sein und entsprechend agieren können. Dies wird möglich mit Hilfe von „Software“ wie entsprechende Professionalität durch gute Ausbildung, durch Vernetzung, gezielte Absprachen und einem einheitlichen Regel- und Normensystem. Dieses professionelle Handlungs- und Wissensrepertoire sollte allen Individuen der Gemeinschaft zugänglich sein, sowie absichernd zur Verfügung stehen. Die pädagogische Unterstützung der Individuen erfolgt nach dem jeweiligen aktuellen Bedarf und nicht nach einem festgelegten Kontingent. „Die für soziale Exklusion [...] gefährdeten Individuen benötigen zur Herstellung gleicher Startchancen eine Kombination aus institutionellen Strukturen, die Exklusion vermeiden helfen und im Ernstfall wie eine Versicherung greifen, und der Ausstattung mit individuellen Kompetenzen und Handlungsstrategien, um ihrer Lebensführung (wieder) selbstbestimmt an der Inklusionslogik der Funktionssysteme ausrichten zu können. Die Ressourcenzuteilung erfolgt dabei eben nicht für alle in gleichem, sondern für jeden in erforderlichen Maße.“ (Wansing 2005, 187)

5 Zusammenfassung

Diese Bachelorarbeit hat sich mit folgender These beschäftigt: Das theoretische Konzept der „1:1 Betreuung“, welches als pädagogisches Instrument der Inklusion initiiert wurde, wirkt sich für den Klienten in der Praxis als exkludierend aus. Dabei hatte diese Arbeit zum Ziel, Problematiken einer „1:1 Betreuung“ im Kindergarten aufzuzeigen sowie Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Um dies zu untersuchen, wurden folgende Schritte umgesetzt: Zunächst wurde anhand von bestehenden Definitionen zur Inklusion eine Arbeitsdefinition hierzu geschaffen: Inklusion bedeutet die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche gewährleisten, dass alle Menschen trotz ihrer Verschiedenheit gleichberechtigt und selbstbestimmt an gemeinsamen Orten leben, lernen und teilhaben können.

Weiterführend wurde das Modell der „1:1 Betreuung“ vorgestellt, sowie der rechtliche Rahmen abgesteckt, um auch hier eine Einordnung vornehmen zu können. Anhand von Erfahrungen aus der Praxis wurden nun die bestehenden Problematiken einer „1:1 Betreuung“ in Kategorien zusammengefasst und hinsichtlich ihrer Auswirkungen beschrieben. Hervorzuheben ist hierbei der verliehene Sonderstatus durch das Labeling einer „1:1 Betreuung“. Weiterhin entstehen Problematiken aus der fehlenden Definition zu Methode und Ziel, einer unprofessionellen internen und externen Kommunikation, fehlender oder mangelhafter interdisziplinärer Zusammenarbeit sowie den fehlenden Kontrollinstanzen im System.

Abschließend konnten Schlussfolgerungen hinsichtlich der zu untersuchenden exkludierenden Auswirkungen dieser Betreuungsform getroffen und entsprechende Antworten auf die These gegeben werden. Dabei beurteile ich eine „1:1 Betreuung“ im Kindergarten als weder notwendig noch förderlich für die Inklusion. Im Gegenteil erachte ich in Anbetracht der beschriebenen Problemlagen die „1:1 Betreuung“ als Instrument, welches die Exklusion fördert.

Die folgenden Lösungsansätze stellen Möglichkeiten der Veränderungen am System Kindergarten vor, welche die Inklusion von Menschen in schwierigen

Lebenslagen ermöglichen sollen. Diese Ansätze waren in zwei Bereiche gegliedert: Zum einen in die Umgestaltungen der institutionellen Strukturen im System und zum anderen in Veränderungen bezüglich der Handlungsabläufe im System. Bei der von mir bezeichneten „Hardware“ ging es insbesondere um eine Neuorientierung von Gruppengröße, Raumplanung und strukturellen Veränderungen im Bereich des Personals. Im sogenannten Softwarebereich sind entsprechende Professionalität durch gute Ausbildung, durch Vernetzung, gezielte Absprachen und einem einheitlichen Regel- und Normensystem unabdingbar. Diese Lösungsvorschläge erheben hierbei keinen Anspruch auf Vollständigkeit, bilden jedoch meines Erachtens eine Grundlage, um Inklusion im Bildungsbereich Kindergarten zu ermöglichen.

Literaturverzeichnis

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen (Hg.) (2014): Die UN-Behindertenrechtskonvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung. S. 15

BRK – Behindertenrechtskonvention in der Fassung 01.04.2012 (S. 1354)

Bylinski, Ursula (2015): „An mehreren Stellschrauben drehen“. In: Erziehung und Wissenschaft. Allgemeine deutsche Lehrerzeitung. 67. Jg. (07-08/2015), S. 21

Degener, Theresia; Mogge-Grotjahn, Hildegard (2012): „All inclusive“? Annäherungen an ein interdisziplinäres Verständnis von Inklusion. In: Balz, Hans-Jürgen; Benz, Benjamin; Kuhlmann, Carola (Hg.): Soziale Inklusion. Grundlagen, Strategien und Projekte in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59ff

Doose, Stefan (2011): Inklusion als Menschenrecht. Zukunftsplanung als Weg. (http://www.inklusion-als-menschenrecht.de/gegenwart/materialien/persoennliche-zukunftsplanung-inklusion-als-menschenrecht/?tx_ttnews%5Bcat%5D=38&cHash=29df076c90c3b6a83d49ec218f29b96c ,verfügbar am 27.12.2015)

Graumann, Sigrid (2012): Inklusion geht weit über „Dabeisein“ hinaus. Überlegungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Pädagogik. In: Balz, Hans-Jürgen; Benz, Benjamin; Kuhlmann, Carola (Hg.): Soziale Inklusion. Grundlagen, Strategien und Projekte in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.79ff

Huster, Ernst-Ulrich; Bourcade, Kay (2012): Soziale Inklusion: Geschichtliche Entwicklung des Sozialstaats und Perspektiven angesichts Europäisierung und Globalisierung. In: Balz, Hans-Jürgen; Benz, Benjamin; Kuhlmann, Carola (Hg.): Soziale Inklusion. Grundlagen, Strategien und Projekte in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13ff

Johnson, Magdalena (2013): Schulische Inklusion in den USA – ein Lehrbeispiel für Deutschland?. Eine Analyse der Vermittlung von Ansätzen der Inklusion durch die Zusammenarbeit mit einem outside change agent. Kempten: Forschung Klinkhardt

Kuhlmann, Carola (2012): Der Begriff der Inklusion im Armuts- und Menschenrechtsdiskurs der Theorien Sozialer Arbeit. Eine historisch-kritische Annäherung. In: Balz, Hans-Jürgen; Benz, Benjamin; Kuhlmann, Carola (Hg.): Soziale Inklusion. Grundlagen, Strategien und Projekte in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35ff

Masuhr, Lilian: Inklusion – Was heißt das? (<http://leidmedien.de/sprache-kultur-und-politik/inklusion-was-heisst-das/>, verfügbar am 20.10.2015)

Platte, Andrea (2012): Inklusive Bildung als internationale Leitidee und pädagogische Herausforderung. In: Balz, Hans-Jürgen; Benz, Benjamin; Kuhlmann, Carola (Hg.): Soziale Inklusion. Grundlagen, Strategien und Projekte in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141ff

Pötzsch, Horst (2009): Die Deutsche Demokratie. 5. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Schwalb, Helmut; Theunissen, Georg (Hg.) (2009): Inklusion, Partizipation und Empowerment in der Behindertenarbeit. Best-Practice-Beispiele: Wohnen – Leben – Arbeit – Freizeit. Stuttgart: Kohlhammer

Schäfter, Ortfried (2013): Inklusion und Exklusion aus relationaler Sicht. Eine grundagentheoretische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Inklusionsprozessen. (<https://www.erziehungswissenschaften.hu-berlin.de/de/ebwb/team-alt/schaeffter/iii95a> , verfügbar am 02.11.2015)

Siebers, Christiane (1999): Fördern. Gemeinsam leben, 7. Jg., Heft 2. Zeitschrift für integrative Erziehung

Stadt Leipzig (2015): "Auf dem Weg zur Inklusion" - der erste Teilhabeplan der Stadt Leipzig entsteht. (<http://www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/menschen-mit-behinderungen/teilhabeplan-stadt-leipzig/> , verfügbar am 25.10.2015)

Störmer, Norbert (2013): Spurensuche Inklusion im sächsischen Bildungsplan. Hochschule Zittau/ Görlitz. Institut für Bildung, Information und Kommunikation. (http://www.inklusion-sachsen.de/tl_files/Inklusion/InklusionNStoermer.pdf , verfügbar am 25.10.2015)

Wansing, Gudrun (2005): Teilhabe an der Gesellschaft. Menschen mit Behinderung zwischen Inklusion und Exklusion. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag

Erklärung zur selbständigen Anfertigung der Arbeit

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Leipzig, 15.01.2016